

Die „österreichischen“ Liberalen und der Erste Weltkrieg

1. Vorbemerkung I: „Franz Josefs-Land“

Außenpolitik spaltet Parteien, insbesondere liberale Parteien: Die Debatten um den britischen Kriegseintritt oder die Friedensresolution des Reichstages, der Konflikt zwischen Clemenceau und Caillaux während des Weltkrieges liefern dafür anschauliche Beispiele. In der Habsburgermonarchie gab es derlei Spannungen selbstverständlich auch, aber sie wurden überdeckt vom Nationalitätenkonflikt, wie sich das am Beispiel der beiden wichtigsten ethnischen Gruppen der westlichen, „österreichischen“ Reichshälfte, von Deutschen und Tschechen, gut ablesen lässt. Maßgeblich für die Einstellung einzelner Politiker oder Flügel von Parteien waren weniger unterschiedliche politische oder weltanschauliche Zielsetzungen, sondern die Einschätzung ihrer Realisierungschancen, die wiederum eng mit dem Verlauf des Krieges zusammenhängen.

Nicht bloß die Liberalen, wie immer man sie auch definiert, sondern alle Parteien des alten Österreich, befanden sich – verglichen mit ihren reichsdeutschen, französischen, britischen, italienischen, ja selbst russischen Kollegen in einer besonderen, nämlich besonders ohnmächtigen Situation, was die Außenpolitik des Reiches betrifft. Außenpolitik galt in konstitutionellen Monarchien im besonderen Maße als Teil der monarchischen Prärogative. Daraus ergaben sich auch anderswo Konflikte; ja selbst in Republiken unterlief die Geheimdiplomatie, die bald darauf von Wilson so sehr aufs Korn genommen wurde, vielfach parlamentarische Kontrollmechanismen. Doch nur in Österreich-Ungarn waren Außenpolitik und Militär der Kontrolle des Parlaments von vornherein entzogen. Diese Materien wurden als „gemeinsame Angelegenheiten“ vielmehr von einem Ausschuß beider Häuser des österreichischen bzw. des ungarischen Parlaments verhandelt, den sogenannten Delegationen, die nur wenige Wochen im Jahr tagten und auf Grund des Votums der Mitglieder des Oberhauses fast nie oppositionelle Mehrheiten produzierten.

Ein ungarischer Delegierter fasste das Resultat – in einer Anspielung auf rezente, arktische Entdeckungen – einmal so zusammen: Außenpolitik – das ist für uns Franz Josefs-Land, eine dunkle, unbekannte Welt, in die kein

Lichtschein fällt, es sei denn die Reflexion von der Spitze eines Bajonetts.¹ Eduard Herbst, der umstrittene Führer der deutschösterreichischen Liberalen in ihrer Glanzzeit, hatte 1878/79 den Verfassungskonflikt über die Kontrolle der Außenpolitik noch einmal aufgerollt und war damit gescheitert.² Seine Nachfolger hatten diese Lektion nur allzu gut beherzigt. Die Delegationen wurden auch während der Krisen der Jahre 1912/13 nur zu patriotischen Deklamationen benützt, verbunden mit Seitenhieben auf nationale Gegner im Inneren des Vielvölkerreiches. Ein agrarischer Delegierter wies im Herbst 1912, bei Ausbruch des 1. Balkankrieges, jegliche Versuchung mit den Worten von sich: „Halten wir uns zurück mit superklugen Vorschlägen. Wenn wir auch dazu berufen sind, halte ich doch in diesem Moment die wenigsten von uns dazu für auserwählt...“³

Doch selbst diese Bühne, die keine wirklich tiefschürfenden Debatten oder begleitende Kontrolle zuließ, war den österreichischen Parteien im 1. Weltkrieg versperrt. Die Delegationen tagten während des gesamten Krieges nur ein einziges Mal, im Dezember 1917, zu einer Zeit, als die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gerade in Gang kamen und man dem Außenminister kaum mehr als gute Wünsche mit auf den Weg mitgeben konnte,⁴ auch wenn sich in der Öffentlichkeit eine Debatte zwischen Siegfriedensbefürwortern und Anhängern eines Verständigungsfriedens entspann, die viele Ähnlichkeiten mit der Debatte im Deutschen Reich aufwies.⁵ Der Grund, warum die Delegationen so lange nicht einberufen wurden, aber lag darin, dass zwar der ungarische Reichstag den gesamten Krieg über weiterhin tagte, der Reichsrat in der österreichischen Reichshälfte aber schon im März 1914 vertagt worden war und erst von Kaiser Karl im Mai 1917 wiederum einberufen wurde.

Dazu kam ein Element, das Österreich-Ungarn in subtiler Weise von den Weltmächten unterschied. Die Wiener Diplomatie entwickelte im Laufe des Krieges eine gewisse, vielfach unterschätzte Meisterschaft darin, ‚the leverage of the weak‘ einzusetzen und in Verhandlungen mit dem großen Bruder, dem Deutschen Reich, in eigenen Belangen ihren Willen immer wieder durchzu-

- 1 Zitiert nach Istvan Dioszegi: *The Independent Opposition and the Monarchy's Foreign Policy, 1900-1914*. In: *Etudes Historiques Hongroises* 1975. Budapest 1975, S. 207-238, hier S. 217.
- 2 Lothar Höbelt: *Der „schwarz-gelbe“ Reichskritikus. Eduard Herbst (1820-1892)*. In: *Jahrbuch zur Liberalismusforschung* 19 (2007), S. 193-209; ders.: *The Bosnian Crisis Revisited: Why did the Austrian Liberals oppose Andrassy?* In: ders./T. Otte (Hrsg.), *A Living Anachronism. European Diplomacy and the Habsburg Monarchy*. Festschrift für Francis Roy Bridge zum 70. Geburtstag. Wien 2010, S. 177-198.
- 3 *Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegaten des Reichsrates*, 47. Session, S. 57 (16.11.1912).
- 4 Czernin erkrankte nach der Eröffnung der Delegationen und reiste dann sofort nach Brest ab; vgl. *Statni Oblastni Archiv (SOA) Zamrsk, Familienarchiv (RA) Parish, Tagebuch Oswald Parish v. Senftnerberg*, 10. u. 18. Dezember 1917.
- 5 Vgl. dazu Birgitt Morgenbrod: *Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der ‚Österreichischen Politischen Gesellschaft‘ 1916-1918*. Wien 1994, S. 130 ff.

setzen oder zumindest die Pläne des Verbündeten zu konterkarieren. Man war sich aber sehr wohl darüber im Klaren, die wirklich großen Entscheidungen nur am Rande beeinflussen zu können, wie es Österreich-Ungarn z.B. anhand der fatalen Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg Anfang 1917 ad oculos demonstriert wurde. Oder wie der österreich-ungarische Außenminister Graf Ottokar Czernin dem frischgebackenen Übergangskanzler Michaelis in der ihm eigenen saloppen Art im August 1917 versicherte: „Österreich-Ungarn stehe und falle mit seinem Bündnisse. Was er aber nicht wisse, sei, ob es stehen oder fallen werde.“⁶

Wenn diese gewisse Ohnmacht den Ereignissen gegenüber schon für den Außenminister und das Armeeoberkommando (AOK) galt, um wie viel mehr dann erst für die Parteien und ihre Repräsentanten, die im Dunkeln tappten, vielfach auf die Gerüchtebörse angewiesen waren und um ihre Meinungen nicht einmal gefragt wurden. Was blieb, war das Bestreben, die großen welt-politischen Konjunkturen, die man kaum beeinflussen konnte, für eigene Anliegen zu nützen, als Trittbrettfahrer oder gegebenenfalls auch Bremsen, aber nicht als Steuermänner des Staatsschiffes. Es gab sehr wohl eine intensive Kriegszieldebatte in Österreich, aber weniger um Annexionen und Grenzstreifen, Flottenstützpunkte oder gar Kolonien, sondern um „innere Kriegsziele“, um die Umgestaltung des Reiches zugunsten der eigenen nationalen Interessen. Der jungtschechische Abgeordnete und Historiker Zdeněk Tobolka, brachte es auf den Punkt, wenn er Anfang 1917, als die Situation wieder einmal besonders unübersichtlich geworden war, dem Sozialistenchef Bohumil Smeral gegenüber bemerkte: „Irgendwie müssen wir den Krieg doch ausnützen.“⁷

2. Vorbemerkung II: Die drei Lager und die ‚petka‘

Die liberalen Parteien, wer waren sie? Offiziell gab es keine Liberalen mehr, nicht einmal in Ungarn, wo die von Kalman Tisza gegründete, lange Zeit regierende Liberale Partei 1906 aufgelöst worden war und sich seit ihrer Neugründung unter Tisas Sohn Istvan 1910 Partei der nationalen Arbeit nannte.⁸ Freilich: Die ungarische Politik, bei einem weiterhin sehr eingeschränkten Elektorat ein Elitensport sondergleichen, der nach außen hin oft den Eindruck

6 Andre Scherer/Jacques Grunewald (Hrsg.): *L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la première Guerre Mondiale*, Bd. 2 (= APP II). Paris 1966, S. 297 (1.8.1917); vgl. auch Ingeborg Meckling: *Die Aussenpolitik des Grafen Czernin*, Wien 1969.

7 Martin Kucera (Hrsg.): *Zdeněk Tobolka, Muj denik z prni svetove války*. Prag 2008, 22.1.1917.

8 Gabor Vermes: *Istvan Tisza*. New York 1985, S. 121, 134 f.

vermittelte, dass Familienfehden wichtiger genommen wurden als Parteipolitik,⁹ soll hier schon mangels Sprachkenntnissen nicht weiter verfolgt werden.

In der österreichischen Reichshälfte, „Cisleithanien“, das erst seit Herbst 1915 offiziell den Namen Österreich führte, war die Ausdifferenzierung des Parteienspektrums bei manchen der kleineren Nationalitäten noch nicht hinreichend weit gediehen. Man hielt hier oft noch bei nationalen Sammelparteien, z.B. bei den Ukrainern. Bei Rumänen und Kroaten war eine gewisse Auffächerung des politischen Spektrums in konservative und progressive Strömungen zu beobachten. Bei den Slowenen war der Einzugsbereich der Liberalen seit der Wahlreform auf einen einzigen Wahlkreis (die Stadt Laibach) beschränkt; bei den Italienern standen die Nationalliberalen seit Kriegsausbruch mit wenigen Ausnahmen im Verdacht des Irredentismus, sofern sie nicht überhaupt nach „Reichsitalien“ geflohen waren.

Es blieben die drei großen nationalen Blöcke „Cisleithaniens“, Deutsche, Tschechen und Polen. Die Rolle der Polen in der österreichischen Politik lässt sich kaum überschätzen. Die Polen, zumindest die konservativen Polen, waren die Regierungspartei par excellence. Sie machten ihren Einfluß in Wien über den Polenklub geltend, der zwar nach Einführung des allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts 1906/07 gewisse Turbulenzen durchgemacht, seit 1915/16 seine Reihen aber wieder dicht geschlossen hatte – und für ein möglichst unabhängiges, möglichst geeintes Polen kämpfte, das mit Habsburg im Rahmen einer „trialistischen“ Lösung oder auch nur über eine Personalunion weiterhin verbunden bleiben sollte.

Die Verhältnisse innerhalb des Polenklubs waren komplex: Die demokratische Strömung repräsentierte das städtische Milieu Galiziens und damit vielfach jüdische Wähler; politisch folgte sie meist weiterhin der Führung der Krakauer Konservativen mit ihrer anti-russischen Orientierung. Unter der polnischen Minderheit in Ostgalizien hingegen dominierten die eher antisemitischen Nationaldemokraten, im Bündnis mit den konservativen „Podoliern“, die in der ukrainischen Nationalbewegung eine größere Gefahr sahen als im Zarenreich. Weltanschauliche ‚cleavages‘ wurden von dieser „Orientierungsfrage“ überlagert. Während das geschlossene Auftreten des Polenklubs nach außen als Vorbild sehr wohl seine Wirkung ausübte, eignet sich das polnische Parteienspektrum daher für einen Vergleich weniger gut. Die „Sonderstellung“ Galiziens, wie das Schlagwort lautete, war in dieser Beziehung längst gegeben.¹⁰

Deutsche und Tschechen der Habsburgermonarchie hingegen verfügten über ein Parteienspektrum, das – bei aller Gegnerschaft – große Ähnlichkeiten

9 Graf Julius Andrassy: Diplomatie und Weltkrieg. Berlin 1920, S. 294: „So gestaltete sich die politische Krise zu einer Familienkrise.“

10 Vgl. Teresa Stochel-Nabielska: Das polnische Parteienspektrum in Galizien vor 1914. Ungedr. Phil. Diss. Wien 2008.

aufwies, ja nahezu ident war. Nur in den Größenverhältnissen gab es gewisse Unterschiede; in der Ausdifferenzierung war eine gewisse zeitliche Verschiebung zu bemerken. Bei den Tschechen als „underdogs“ hatte sich die Abkehr von der Tradition der nationalen Sammelpartei erst spät, kurz vor der Jahrhundertwende, vollzogen. Deutsche und Tschechen bewohnten die industriellen Kernzonen des Reiches. Es gab in Böhmen daher eine starke Sozialdemokratie – diese „kleine Internationale“ war übrigens 1911 ebenfalls entlang nationaler Scheidelinien entzweigebrochen.¹¹ Vor allem aber: Wie fast überall im katholischen Europa verlief die Hauptkampflinie der bürgerlichen Politik entlang der Kulturkampffronten. Das hieß: Liberale waren per definitionem in erster Linie Antiklerikale. Ob sie daneben auch Freihändler oder Demokraten waren, fiel als parteibildender Faktor weniger ins Gewicht.

Innerhalb dieses freisinnigen Spektrums gab es keine klar erkennbare Scheidung in Links- und Rechtsliberale, sondern eine Differenzierung nach sozialen oder „ständischen“ Kriterien. Es gab eine Agrarpartei, eine Arbeiterpartei (die sich auf beiden Seiten früher oder später den Namen Nationalsozialisten zulegte) und eine städtisch-bürgerliche Gruppierung. Das „flache Land“ wurde mit Ausnahme Böhmens (und Kärntens) von den katholischen Parteien dominiert. Die Agrarpartei spielte daher bei den Tschechen eine weit größere und zentralere Rolle als bei den Deutschen. Auch die Nationalsozialisten galten hier mit Recht als eigenständige Kraft. Man sprach daher bei den Tschechen nicht von drei politischen Lagern wie bei den Deutschen, sondern von der „pětka“, der Fünfergruppe. Das zugrundeliegende Muster war dennoch das gleiche, bloß die Emanzipation der ständischen Untergruppen, wie sie sich nach 1918 dann auch bei den Deutschen vollzog, war bei den Tschechen schon früher vorweggenommen worden.¹²

Die städtisch-bürgerlich-freisinnigen Gruppen, die Liberalen oder zumindest Erben der Liberalen, waren bei den Deutschen im Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten zusammengefasst (der auch die Agrarier einband). Sein Pendant war die sogenannte „jungtschechische“ National-freisinnige Partei. Die Binnendifferenzierung erfolgte in erster Linie nach regionalen Kriterien. Der Nationalverband war ein Dachverband von Abgeordneten aus nicht weniger als einem Dutzend Kronländern. In den Alpenländern, wo die Freiheitlichen eine Minderheit darstellten, standen dahinter in der Regel ziemlich einheitliche Parteivereine. In den Sudetenländern, wo die Nationalliberalen die Mehrheit stellten, unterschied man mittelständische Deutschradikale und elitäre Deutschfortschrittliche. Auch diese Unterscheidung ging

11 Raimund Löw: Der Zerfall der ‚kleinen Internationale‘: Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889-1914). Wien 1984.

12 Robert Luft: Parlamentarische Führungsgruppen und politische Strukturen in der tschechischen Gesellschaft. München 2012; Lothar Höbelt: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918. Wien 1993.

zum Teil auf regionale Gegebenheiten zurück: Die Deutschradikalen dominierten im geschlossenen deutschen Sprachgebiet, die Fortschrittlichen im gehobenen Milieu des sogenannten „Inseldeutschtums“ in Prag,¹³ Brünn, Budweis etc. Auch bei den Jungtschechen war zwischen Böhmen und Mähren eine Spaltung eingetreten. Die böhmischen Jungtschechen repräsentierten das Establishment; ihr mährischer Flügel (der sich Volkspartei nannte) war wegen der Übermacht der Katholisch-Nationalen Partei in Mähren ein oppositionelles Element.

Daneben gab es auf deutscher wie tschechischer Seite innerhalb des freiheitlichen Spektrums auch Kleinparteien, die auf Grund des Wahlsystems im Parlament zuweilen als „Ein-Mann-Parteien“ auftraten. Auf tschechischer Seite war ihr berühmtester Vertreter zweifellos Tomas G. Masaryk mit seinen „Realisten“, der in den neunziger Jahren eine Zeitlang mit den Jungtschechen kooperierte, dann aber seine eigenen Wege ging.¹⁴ Die übrigen Kleinparteien füllten die Lücke zwischen Jungtschechen und Nationalsozialisten, darunter auch die Staatsrechtlich-Fortschrittlichen, die insofern aus dem Rahmen fielen, weil sie sich auch in den Kriegsjahren allen Vereinnahmungsversuchen widersetzen. Das Pendant zu den dogmatischen Staatsrechtlern stellte auf deutscher Seite das Kleeblatt der unentwegten Alldeutschen dar. Darüber hinaus war die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien das Refugium der „wilden“ Abgeordneten, die ihr Mandat einem Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie verdankten, das 1911 gegen den Willen des Nationalverbands und der Regierung abgeschlossen wurde. Am ehesten vergleichbar mit den Linksliberalen im Reich, fand sich erst 1917 eine Handvoll von ihnen in der Freiheitlichen Vereinigung zusammen. Ihr prominentester Vertreter war der freihändlerische Industrielle Max Friedmann, der 1916 mit einigen seiner Anhänger kurz auch dem Nationalverband beitrug.¹⁵

- 13 Vgl. Lothar Höbelt: Drei Lager und drei Zonen. Deutsche und italienische Nationalliberale in der Habsburgermonarchie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 75-88. In Prag führte ein Vetter Franz Kafkas die Deutschfortschrittliche Partei.
- 14 Zbynek Zeman: The Masaryks. The Making of Czechoslovakia. London 1976, S. 67 ff.; Josef Kalvoda: The Genesis of Czechoslovakia. Boulder 1986, S. 17 ff.
- 15 Kurioserweise handelte es sich bei seinen Bundesgenossen um ehemalige Christlichsoziale, Vertreter der „Hörndlbauern“, die wegen der Hochschutzzollpolitik mit ihrer Partei gebrochen hatten, zu Friedmann vgl. auch Roman Sandgruber: Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910. Wien 2013, S. 344; Marie-Therese Arnbom: Friedmann, Gutmann, Lieben, Mandl, Strakosch. Fünf Familienporträts aus Wien vor 1938. Wien 2002, S. 160-167; Morgenbrod, Großbürgertum (wie Anm. 5), S. 45ff.

3. Die „inneren Kriegsziele“

Die Debatte um die Umgestaltung der Habsburgermonarchie wurde von einem deutsch-polnischen Doppelprojekt beherrscht, wie es bereits in den ersten Wochen des Krieges – noch vor den ersten Schlachten – erörtert wurde: „Mitteleuropa“, die Vorstellung einer Ausgestaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich, war verbunden, ja in gewisser Weise geradezu bedingt durch die sogenannte „austro-polnische“ Lösung. Das russische Kongreß-Polen mit seinen 12 Mio. Einwohnern sollte mit Galizien zu einer „dritten Reichshälfte“ der Monarchie vereinigt werden. Sobald die galizischen Abgeordneten aus dem Wiener Reichsrat ausschieden, ergab sich im verbleibenden „Westösterreich“ wiederum eine deutsche Mehrheit. Ein polnischer Reichsteil ließ in Berlin jedoch Zweifel an der Verlässlichkeit des Bündnispartners aufkommen. Deshalb forderte das Deutsche Reich von Österreich zusätzliche Garantien, Militärkonvention oder Zollunion, „ever closer union“, eine „Annäherung“, von der sich nicht zuletzt die Deutschösterreicher verstärkten politischen Rückhalt versprochen.¹⁶

Für die Deutschösterreicher auf der einen, die galizischen Polen auf der anderen Seite bedeuteten diese miteinander verschränkten „inneren Kriegsziele“ die Quadratur des Kreises, die Erfüllung nationaler Einigungsbestrebungen, verbunden mit der Bewahrung ihrer dominanten Stellung in den bisherigen Kronländern. Nationalverband und Polenklub waren deshalb von Anfang an Feuer und Flamme für diese Lösung. Die Regierungen in Wien und Berlin traten diesen Plänen beide jeweils nur mit gewissen Mentalreservationen näher. Im Auswärtigen Amt erklärte Jagow: „Alle Lösungen der polnischen Frage sind bekanntlich schlecht.“¹⁷ In Wien legte Ministerpräsident Stürgkh zwar Lippenbekenntnisse ab, ließ intern aber deutlich seine Skepsis durchblicken und wollte alle Änderungen, aber auch jegliche Einberufung des Reichsrats, am liebsten auch alle öffentlichen Erörterungen, bei der diese Fragen zur Sprache kämen, vertagen, „bis der letzte Schuß gefallen ist“.¹⁸

Diese Passivität wurde Stürgkh von deutscher und polnischer Seite schwer angekreidet; sie stieß dafür auf das Wohlgefallen der Tschechen, die seine

16 Achim Müller: Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg. Marburg 2001; Heinz Lemke: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution). Wien 1977.

17 Andre Scherer/Jacques Grunewald (Hrsg.): L'Allemagne et les Problemes de la Paix pendant la premiere Guerre Mondiale, Bd. 1 (= APP I). Paris 1962, S. 270-272 (Brief an Tschirschky, 16. Februar 1916).

18 Vgl. die Memoiren des mit der Ausarbeitung der Verfassungsentwürfe betrauten Innenministers: Max Frh. v. Hussarek (Hrsg.): Erinnerungen des Erasmus Freiherrn von Handel. In: Jahrbuch der Leo-Gesellschaft 1930, S. 39-116; hier S. 68.

„konsequente Passivität“ ausdrücklich lobten.¹⁹ Denn die Tschechen hatte der Krieg auf dem falschen Fuß erwischt: Seit die Regierung nach Jahren der deutschen Obstruktion und der Vertagung der Verhandlungen über einen nationalen Ausgleich die Selbstverwaltung Böhmens 1913 aufgehoben hatte, obstruierten die Tschechen im Wiener Parlament unter der Devise: Ohne Landtag auch kein Reichsrat. Der Krieg gegen Russland war alles andere als populär; tschechische Politiker bemühten in diesem Zusammenhang gern die Hypothese, genauso wenig wie ein Krieg gegen Deutschland bei den Deutschösterreichern populär gewesen wäre. Eine ganze Reihe von tschechischen Politikern wurde wegen des Verdachts hochverräterischer Aktivitäten vom Militär verhaftet, in erster Linie Nationalsozialisten (ihre Fraktion wurde nahezu halbiert), mit einem Paukenschlag achtundvierzig Stunden vor dem italienischen Kriegseintritt dann auch Karel Kramář, der führende Kopf der Jungtschechen, in gewisser Weise der österreichische „leader of the opposition“.

Einen Burgfrieden, eine Union Sacrée, wie sie in Deutschland und Frankreich bei aller Kritik an ihrer mythischen Überhöhung denn doch zumindest eine Zeitlang bestand, gab es in Österreich daher nicht einmal in Ansätzen. Im Gegenteil: Man erging sich in „zielbewußter Vernaderei [i. e. Denunziation, L. H.]“, wie der Statthalter von Böhmen schrieb: „Die Deutschen betätigen sich großartig patriotisch auf allen Gebieten. Die Politiker derselben hetzen unverantwortlich gegen die Böhmen.“²⁰ Die Furcht, die nationalen Rivalitäten würden sich eruptiv entladen, sobald man ihnen wiederum eine Bühne verschaffte, war nicht von der Hand zu weisen; dagegen waren die Krokodilstränen der Regierung darüber, dass sie ohne Parlament auskommen musste, keineswegs für bare Münze zu nehmen. Im Gegenteil: Bethmann-Hollwegs Pendant, der österreichische Ministerpräsident Graf Karl Stürgkh (1911-16) entwickelte in den ersten beiden Kriegsjahren geradezu eine Meisterschaft darin, nach allen Seiten hin ungedeckte politische Wechsel auszuteilen – einzulösen wohlgerne freilich erst nach Kriegsende.

Gerade weil es den Waffenstillstand zwischen den Nationen nicht gab, gewann der Gedanke an einen Waffenstillstand zwischen den Parteien an Attraktivität. Die Regierung Stürgkh hatte bis 1914 mit einer „Politik der Diagonale“ versucht, einen Fuß in jedem nationalen Lager zu behalten, das hieß: Sie nutzte die Rivalitäten innerhalb des jeweiligen politischen Spektrums, um Parteien oder auch verschiedene Flügel von Parteien gegeneinander auszuspielen. Mit der Ausschaltung des Parlaments, der im September 1914 auch die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten folgte, wurde die Politik –

19 Kucera (Hrsg.): Tobolka (wie Anm. 7), 15. Februar 1917.

20 Jan Galandauer: Franz Fürst Thun. Statthalter des Königreiches Böhmen. Wien 2014, S. 321 f.

wie es einmal treffend ausgedrückt wurde – reprivatisiert.²¹ Die Konventikel und Tischrunden, die sich während der parlamentslosen Zeit bildeten, bedeuteten eine gewisse Gefahr für die etablierten Hierarchien der Fraktionen und Parteivereine. Um diese Gefahren zu steuern, kam es auf deutscher wie auf tschechischer Seite 1915/16 zu Versuchen, parteienübergreifende Verbände zu schaffen, einen nationalen Burgfrieden zustande zu bringen, wenn schon keinen „österreichischen“, insbesondere aber auch das zersplitterte bürgerlich-liberale Spektrum zu einigen.

4. Bürgerliche Sammlungspolitik und Domestizierung der Radikalen

Deutsche und Tschechen gingen dabei von unterschiedlichen Nahzielen aus, folgten jedoch einem gemeinsamen Trend. Bei den Deutschen ging es darum, ihre Kräfte zu bündeln, um das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war, sprich: der Regierung noch während des Krieges jene Zugeständnisse abzutrotzen, die Stürgkh zwar immer wieder augenzwinkernd zugesagt hatte, die er jedoch gern auf den St. Nimmerleinstag oder doch zumindest auf das Kriegsende vertagt hätte: Von Mitteleuropa im großen bis zur nationalen Autonomie im kleinen, beileibe nicht für alle Völker des Reiches, sondern speziell zugeschnitten auf die Wünsche der Sudetendeutschen („administrative Zweiteilung Böhmens“).

Bei den Tschechen handelte es sich zunächst einmal darum, ihre politische Handlungsfähigkeit zu bewahren, sobald ein wesentlicher Teil ihrer politischen Eliten in den Augen der Wiener Regierung arg kompromittiert erschien. Gleichzeitig sollte ein Riss innerhalb der Tschechen, die von Wien oft geforderte feinsäuberliche Scheidung in potenziell hochverräterische „Radikale“ und schwarz-gelbe, loyale „Gemäßigte“ vermieden werden. Wie der Krieg ausgehen würde, stand schließlich in den Sternen: Klar war nur, dass sich alle geirrt hatten, die mit einem raschen Sieg der einen oder anderen Seite gerechnet hatten. Wichtig war, für jede Eventualität gerüstet zu sein, oder wie es Antonin Švehla, der Obmann der Agrarier, ausdrückte: zwei Eisen im Feuer zu haben.²²

21 John Boyer: *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918.* Chicago 1995, S. 379.

22 Lubos Velek: Die tschechischen bürgerlichen Parteien im Weltkrieg 1914-1918. In: Heeresgeschichtliches Museum (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und der Vielvölkerstaat. Symposium* 4. November 2011. Wien 2012, S. 165-178, hier S. 174; H. Louis Rees: *The Czechs during World War I. The Path to Independence.* Boulder 1992, S. 54; Victor Mamatey: *The Union of Czech Political Parties in the Reichsrat.* In: Robert A. Kann/Bela Kiraly/Paula S. Fichtner (Hrsg.), *The Habsburg Empire in World War I.* New York 1977, S. 3-28, hier S. 8 bezeichnet Švehla als den „tschechischen Giolitti“.

In dieser speziellen Situation waren übrigens gerade die Konkurrenten der Liberalen, die beiden Massenparteien, Agrarier und Sozialdemokraten, äußerst interessiert daran, im städtisch-bürgerlichen Lager einen paktfähigen Partner zu haben, der eine nationale Einheitsfront komplettieren sollte. Denn die beiden berufenen Vertreter dieses Milieus, Jungtschechen und Nationalsozialisten, waren beide vom Wirken der Militärjustiz schwer in Mitleidenschaft gezogen und daher zum Teil aktionsunfähig. Die Lösung lag in der Gründung einer Sammelpartei, die beide umfassen sollte, dazu auch noch alle Kleinparteien,²³ inklusive der nur mehr in Spurenelementen vorhandenen sogenannten „Alttschechen“, des konservativen Restes der alten Nationalpartei der siebziger und achtziger Jahre. Ausgerechnet ihrem Doyen, dem achtzigjährigen Karel Matuš, übertrug man auch die Führung der neuen Partei, die im Frühjahr 1916 aus der Taufe gehoben wurde. Man wollte eine bürgerliche Einheitspartei schaffen, gerade weil man sich ganz offensichtlich nicht einig war, zumindest in den Erwartungen über den Kriegsausgang. Die Verfolgten und Verhafteten wurden nicht „ausgegrenzt“: Dem verhafteten Jungtschechen-Chef Kramář z.B. wurde für den Fall seines Freispruches ausdrücklich die Anwartschaft auf die Obmannstelle der neuen Partei freigehalten. Die „Radikalen“ wurden von der persönlichen Solidarität getragen, aber durch den Wechsel der Kulissen politisch neutralisiert. Sie konnten unter geänderten Umständen – im Sinne der Zwei-Eisen-Theorie – wiederum nützliche Dienste leisten, sobald sich die Siegeschancen wieder mehr der Entente zuneigten, stellten in der Zwischenzeit aber keine Belastung mehr dar.²⁴

Bei den Deutschen war die Ausgangsposition eine andere, in gewissem Sinne spiegelverkehrte: Der Krieg wurde von allen politischen Parteien bejaht; nur Sozialdemokraten und Alldeutsche waren stolz darauf, ihre Stimme so lange wie möglich gegen den Krieg erhoben zu haben, nahmen sich von der Kriegssolidarität aber ebenfalls nicht aus. Seit dem Herbst 1915 sonnte man sich in der Gewissheit des sicheren Sieges. Doch auch hier wirkte der Imperativ der nationalen Solidarität. Der Unterschied war: Während bei den Tschechen die katholisch-nationale Partei ins Abseits gedrängt wurde, waren es bei den Deutschen die Sozialdemokraten, die ihren internationalen Charakter beibehalten wollten. Dafür galten die Kulturkampffronten als weitgehend überwunden. Nationalverband und Christlichsoziale einigten sich im Herbst 1915 auf gemeinsame „Richtlinien zur deutschen Politik“, die im Jänner 1917 noch einmal in einem „Zehn Punkte Programm“ zusammengefasst wurden. Im Nachhinein ist der nationale Grundzug dieses Programms oft als Sündenfall der Christlichsozialen interpretiert worden; für die Zeitgenossen war der umge-

23 Auch Masaryks Realisten waren inbegriffen; sein Vertrauensmann Přemysl Šamal erklärte sich mit dem Manöver im Prinzip einverstanden.

24 Otto Urban: Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918, Wien 1994, S. 869 f.; Rees, Czechs (wie Anm. 22), S. 19 f.

kehrte Eindruck vorherrschend. Die Christlichsozialen hatten sich durchgesetzt, nicht bloß in Kulturkampffragen, sondern auch in punkto Länderautonomie, die sie gestärkt wissen wollten.²⁵

Auch hier sollte der Einigung im Großen eine Einigung innerhalb des deutschfreiheitlichen Lagers zur Seite gestellt werden. Ein großer Teil des Nationalverbandes war auf der Ebene der Kronländer in Parteivereinen organisiert, z.B. der Fortschrittspartei, im Reichsrat jedoch fraktionslos. Seit der Gründung des Nationalverbandes gab es – von den Agrariern abgesehen – nur mehr eine klar abgegrenzte Fraktion innerhalb des Dachverbandes, die Deutschradikalen, die bürgerliche Mehrheitspartei Deutschböhmens, Mehrheitspartei freilich im Sinne der französischen Gaullisten in der V. Republik: Mit einem Stimmenanteil von ca. 20 % schaffte man es in der Regel in den zweiten Wahlgang und setzte sich dort in der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten durch. Solange auch die deutschböhmischen Agrarier in taktischen Fragen meist der Führung der Deutschradikalen folgten, verfügte diese Kombination innerhalb des Nationalverbandes über eine knappe, allerdings nicht sehr belastbare Mehrheit.

Doch zwischen dem Nationalverband und der deutschböhmischen Lobby begann sich spätestens Ende 1915 ein Zwiespalt abzuzeichnen. Viele Mitglieder des Nationalverbandes waren an Vorstößen beteiligt, entweder den Reichsrat wiedereinzuberufen oder zumindest das Ministerium Stürgkh abzulösen. Stürgkh hingegen wusste sich der Unterstützung der Deutschradikalen zu versichern mit dem Versprechen, er werde zum gegebenen Zeitpunkt ihre Wünsche, was die Zweiteilung Böhmens betraf, mittels Oktroi durchzusetzen wissen, sofern er daran nicht von einem unberechenbaren Parlament gehindert werde. Die Politik der Diagonale feierte Triumphe, wenn Stürgkh auf der einen Seite im Prozess gegen Kramář – den Gottseibeius der Deutschnationalen – für den Angeklagten aussagte, auf der anderen Seite mit der Nibelungentreue des deutschradikalen Volkstribunen Karl Hermann Wolf rechnen konnte.

Gegen die Dominanz der Deutschradikalen begann sich im Frühjahr 1916 eine Gegenbewegung zu formieren, die – ganz nach dem Muster der tschechischen Bestrebungen – den Nationalverband zu einer Einheitspartei umgestalten wollte. Die Deutschradikalen wären damit integriert, aber auch domestiziert worden. Die Parallelen waren unübersehbar, mit dem kleinen Unterschied freilich, daß es sich bei den Radikalen auf deutscher Seite nicht um Gegner, sondern – zumindest im Augenblick – um die Patent-Anhänger der Regierung handelte. Die Bewegung zur Reform des Nationalverbandes ging von den Gründervätern der Deutschnationalen in den Alpenländern aus, dem

25 Als Gegner dieser Anlehnung an die Christlichsozialen profilierte sich das Organ der deutschböhmischen Fortschrittlichen, das Prager Tagblatt, vgl. auch Heinz Meier, Die österreichischen Christlichsozialen während des Ersten Weltkrieges. Ungedr. Phil. Diss. Wien 1966, S. 38-42 u. 55.

Kärntner Otto Steinwender und dem Oberösterreicher Karl Beurle. Sie erhielt Zulauf aus allen möglichen Richtungen: So schlossen sich ihr Friedmann in Wien und auch viele der Fortschrittlichen aus den Sudetenländern an.

Der Trend zur immer stärkeren Differenzierung des Parteiensystems, wie er besonders bei den Tschechen die Vorkriegszeit bestimmt hatte, wurde von einer Tendenz abgelöst, Ballast abzuwerfen und sich um die stärkeren Bataillone zu scharen. Dieser Befund erscheint haltbar, selbst wenn die konkreten Anläufe zur Bildung einer bürgerlich-freisinnigen Einheitspartei schließlich in beiden Fällen stecken blieben: Die bürgerliche Einheitspartei löste sich bei den Tschechen bereits im Mai 1916 stillschweigend wiederum auf. Auf deutscher Seite brachte Steinwender im September 1916 nur eine Fraktion der Fraktionslosen innerhalb des Nationalverbandes zustande. Doch auch diese „Arbeitsgemeinschaft“ war immerhin imstande, den Deutschradikalen Paroli zu bieten und eine Resolution für die Einberufung des Parlaments zu verabschieden.²⁶

5. Der Schwanengesang des Parlaments

Ministerpräsident Stürgkh wurde am 21. Oktober 1916 beim Mittagessen im Hotel Meißl & Schadn vom Sohn des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Viktor Adler erschossen. Das Attentat wurde mit Stürgkhs Ablehnung des Parlaments motiviert, war jedoch in erster Linie Ausfluss einer innerparteilichen Kontroverse (einmal ganz abgesehen vom Vater-Sohn-Konflikt im Hause Adler).²⁷ Der junge Kaiser Karl, ein Monat nach dem Attentat zur Regierung gekommen, kokettierte noch eine Zeitlang mit dem Oktroi, entschied sich im Frühjahr 1917 jedoch gegen einen „Staatsstreich von oben“. Die genauen Umstände dieser Abkehr von den bisherigen Planungen, die mit der Russischen Revolution und der Haltung der tschechischen Sozialdemokraten, mit dem vorläufigen Scheitern der austro-polnischen Lösung und den Friedensbemühungen Czernins zu tun haben, sollen hier nicht weiter erörtert werden.

Innerhalb des Nationalverbandes hatte Steinwenders Richtung seit langem ihre Zweifel bekundet, ob Stürgkh und seine Nachfolger ihre Versprechungen auch tatsächlich einhalten würden. Steinwender suchte deshalb auch den Kontakt zu den Tschechen. Unter den Deutschböhmen war es in erster Linie der

26 Höbelt, Kornblume (wie Anm. 12), S. 333 ff.

27 Der Attentäter, Friedrich Adler, war ein Anhänger Haases und der Richtung, die im Reich zur Gründung der USPD führte; sein Vater Viktor Adler, als Führer der „Mehrheitssozialisten“, vermochte eine solche Spaltung jedoch zu vermeiden, vgl. Rudolf Neck: *Arbeitschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 1. Wien 1964, S. 64-66 u. 122-143; Wolfgang Maderthaner: *Friedrich Adler und Graf Stürgkh – zur Psychopathologie eines Attentats*. In: Ders./Michaela Maier (Hrsg.), *Physik und Revolution*. Wien 2006, S. 19-53.

parteilose Rudolf Lodgman von Auen, der spätere Obmann der Deutschen Nationalpartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, der das blinde Vertrauen seiner Landsleute auf die Hilfe „von oben“, von der Wiener Regierung, oder „von außen“, vom Deutschen Reich, für verfehlt hielt. Man solle sich „nicht immer zum allseits verhaßten Polizeibüffel des Staates hergeben“, sondern auf der Basis der nationalen Autonomie einen Ausgleich mit den Tschechen suchen. Allerdings stieß er mit dieser Idee 1917 weder auf der einen noch auf der anderen Seite auf viel Verständnis.²⁸

Die Wiedereinberufung des Parlaments Ende Mai 1917 war von zwei stillschweigenden Voraussetzungen begleitet. Für die Regierung galt: Hatte man den Reichsrat nach langem Zögern doch noch einberufen, so konnte man ihn nicht einfach kurz darauf ohne Gesichtsverlust wiederum „heimschicken“. Eine Rückkehr zum Notverordnungsregime wäre als Eingeständnis des Scheiterns zu verbuchen gewesen, als ein Prestigeverlust nach außen, den man nach Möglichkeit zu vermeiden suchte. Auf der anderen Seite hatten auch die Abgeordneten in den drei Jahren des „Säbelregiments“ den Wert der parlamentarischen Immunität zu schätzen gelernt und waren ebenso wenig bereit, diese Sicherheiten aufs Spiel zu setzen. Die Hoffnungen auf eine Verständigung zwischen den Nationen erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Öffentlichkeit der Kontroversen leistete einer Verschärfung der Gegensätze Vorschub. Dennoch erlebte das altösterreichische Parlament so etwas wie einen Altweibersommer, ohne jede Anzeichen von Obstruktion. Fundamentalopposition äußerte sich im Niederlegen von Ausschussmandaten und Referaten, nicht in turbulenten Szenen, wie sie das österreichische Abgeordnetenhaus einst berühmt-berüchtigt gemacht hatten.

Bei den Tschechen nahmen die innerparteilichen Spannungen nach der Einberufung des Parlaments, das von den Abgeordneten konkrete Entscheidungen forderte, bei fast allen Gruppen zu. Umso mehr bewährte sich die Politik der zwei Eisen im Feuer. Der Český Svaz, der Verband aller tschechischen Abgeordneten, vermied es, sich für Regierungskombinationen oder auch nur für die Mitarbeit an Verfassungsentwürfen einzufangen zu lassen, die eine allfällige Besserstellung nach Kriegsidee präjudizieren oder der Arbeit Masaryks im Exil die Legitimation entziehen könnten. Als entscheidend erwies sich in diesem Zusammenhang eine Abstimmung am 12. Juli 1917, die auf Grund des Votums der Agrarier mit 43 über 39 Stimmen knapp gegen eine „aktivistische“ Politik der positiven Mitarbeit ausfiel. Während Švehla diese Entscheidung mittrug, legten die Wortführer des „Aktivismus“ bei den Jungtschechen, Tobolka, und den Sozialdemokraten, Šmeral, bald darauf ihre Parteifunktionen nieder. Hier

28 Kucera (Hrsg.): Tobolka (wie Anm. 7), 31. März u. 1. Mai 1917; Lothar Höbelt: Zwischen Militärregime und nationaler Autonomie. Die Pläne zur Veränderung der böhmischen Verfassung im 1. Weltkrieg. In: Karel Maly/Ladislav Soukup (Hrsg.), *Vyvoj ceske ustavnosti v letech 1618-1918*. Prag 2006, S. 757-764, hier S. 761.

schlug sich eine Erwartungshaltung nieder, die von der Stimmung des Winters 1915/16 wiederum weit entfernt war und maßgeblich vom Kriegseintritt der USA beeinflusst war, der selbst den schrittweisen Verlust der russischen Option im Laufe des Jahres 1917 aufwog.²⁹

Anstelle der bürgerlichen Einheitspartei kam zumindest eine einheitliche freisinnige Fraktion im Abgeordnetenhaus zustande, nicht mehr unter dem konservativen Mattuš, sondern – als sichtbarer Ausdruck der Politik der zwei Eisen im Feuer – diesmal unter dem gerade erst aus der Haft entlassenen Klofč. Kramář wurde vom Kaiser im Juli 1917 zwar amnestiert, zusammen mit neun seiner Kollegen als „verurteilter Verbrecher“ zu den Beratungen des Hauses aber nicht mehr zugelassen.³⁰ Er revanchierte sich dafür auf andere Weise. Ein Beobachter notierte: „Bei den Tschechen ist jetzt gegen Kramář große Wut, weil er selbst im Hintergrund bleibt, dafür aber durch die [Parteizeitung] *Narodny Listi* die Abgeordneten in Alles hineinhetzt.“³¹ Als Kramář im Februar 1918 schließlich seine eigene Partei (Staatsrechtliche Demokratie, die späteren Nationaldemokraten) gründete, nahm er nach außen hin das Programm der bürgerlichen Einheitspartei wiederum auf; in Wirklichkeit handelte es sich dabei jedoch um jenen offenen Bruch zwischen „Radikalen“ und „Gemäßigten“, den man so lange hatte vermeiden wollen; von den jungtschechischen Abgeordneten im Reichsrat folgte ihm damals zunächst nur ein einziger.

Auch auf deutscher Seite versuchten sich die frustrierten Deutschradikalen mit der Sprengung des Nationalverbandes im Oktober 1917 Luft zu verschaffen. Sie wollten die Regierung mit der Drohung des Übergangs in die offene Opposition vor ein Entweder – Oder stellen. Wiederum spielte die militärische Großwetterlage eine Rolle, der endgültige Kollaps Russlands und die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, die zum Bruch mit dem Polenklub führten. Die Wechselwirkung von Außen- und Innenpolitik kam erstmals seit 1878 voll zum Tragen. Die Regierung konnte im Abgeordnetenhaus auf keine sichere Mehrheit mehr rechnen. Die Lage verschärfte sich sogar noch, als im April 1918 infolge der Indiskretionen über die Kontakte Kaiser Karls nach Frankreich die Sixtus-Affäre platzte und selbst die Person des Herrschers in Mitleidenschaft zog.

In dieser Situation griff Ministerpräsident Seidler zum alten Kunstkniff, der Opposition die Spitze abzubrechen, indem man ihren radikalen Flügel auskaufte: Im Mai 1918 sagte er den Deutschradikalen die Erfüllung einiger ihrer Forderungen bezüglich der administrativen Zweiteilung Böhmens zu. Die damals zugesagte Errichtung einiger Kreisbehörden war an sich keine weltbe-

29 Rees, *Czechs* (wie Anm. 22), S. 39 f. u. 50-56; Kucera (Hrsg.): *Tobolka* (wie Anm. 7), 13. u. 25./26.7.1917.

30 Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, XXII. Session, S. 13 (30. Mai 1917). Betroffen waren sechs Tschechen, zwei russophile Ukrainer und ein Slowene.

31 SOA Zamrsk, Parish-Tb. 3. Dezember 1917.

wegende Maßnahme; grotesk überschätzt wurde von Freund und Feind ihr symbolischer Charakter, als Bestätigung des „deutschen Kurses“ der Regierung. Oder wie es das kritische ‚Prager Tagblatt‘ einmal formulierte: Natürlich handle es sich dabei um einen „Sturm im Wasserglas“: Doch leider ist „dieses Glas, in dem der Sturm entfacht worden ist, unsere Welt, es ist Deutschböhmen.“³²

Im Sinne der Frage, wie sie im Deutschen Reich diskutiert wurde, nämlich der Parlamentarisierung des Kabinetts, war in Österreich nahezu ein Kampf mit verkehrten Fronten zu verzeichnen: Die „Gemäßigten“ sahen keine Möglichkeit, in Kriegszeiten mit der Tradition der „neutralen“ Beamtenregierungen zu brechen. Der Gang in die Opposition war für sie in dieser Situation ausgeschlossen. Einige bürgerliche Abgeordnete wurden sogar schon zitiert: „In dieser Situation könne man selbst einem Kabinett Klotz nicht die Staatsnotwendigkeiten verweigern.“³³ Es waren die Deutschradikalen mit ihrem Entweder-Oder, die im Sommer 1918 eine deutsch-ukrainische Mehrheit (inklusive der Sozialdemokraten!) zimmern oder zum § 14 Notverordnungsparagrafen zurückkehren wollten. Diese Strategie war der Mehrheit des Nationalverbandes denn doch zu riskant. Sie desavouierte die Deutschradikalen und ließ im Juli 1918 das Ministerium Seidler fallen. Nur ein halbes Dutzend Abgeordneter unter Oskar Teufel und Gustav Hummer rang sich daraufhin tatsächlich zum Gang in die Opposition durch und gründete die „Deutsche Unabhängigkeitspartei“, in diesem Sinne ein Pendant zu Kramařs Neugründung.³⁴

6. Brot und Friede

Österreichische politische Kultur wurde auch im Kriege von staatsrechtlichen und verwaltungstechnischen Fragen dominiert, die im direkten Zusammenhang mit den Nationalitätenkonflikten standen. Auch die Kriegszieldebatte war vor diesem Hintergrund zu sehen. Die deutsch-polnische Allianz, wie sie sich hinter den Kulissen in den ersten beiden Jahren gegen Stürgkh abzeichnete, wies dabei gewisse Parallelen auf zur konservativen Fronde gegen Bethmann-Hollweg im Reich. Die Übergriffe des AOK in den ersten beiden Jahren gingen zweifelsohne sogar viel weiter als im Reich; mit der Demontage Conrads als Generalstabschef 1916/17 ging jedoch eine sehr weitgehende Entmachtung des

32 Prager Tagblatt, 13. Oktober 1917.

33 Neue Freie Presse 25./26. Juli 1918. Die Aussage wurde bereits am nächsten Tag dementiert, war aber dennoch bezeichnend.

34 Lothar Höbelt, Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmen. In: Andreas Gottsmann (Hg.), Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie. Wien 2007, S. 47-58.

Militärs einher. Der Aufstieg Hindenburgs und Ludendorffs im Rahmen von „Oberost“ war ein Teil dieses Prozesses: Er steigerte die Macht des Militärs im Reich, aber er hatte die gegenteilige Wirkung auf Österreich.

In gesellschaftspolitischen Fragen war der Nationalverband widerstrebenden Trends ausgesetzt: Er rückte weltanschaulich nach rechts, praktisch nach links. Auf der einen Seite stand die Konvergenz mit den Christlichsozialen, die alte Kulturkampf-Fronten im Sinne eines „schwarz-blauen Blocks“ in den Hintergrund treten ließ. Auf der anderen Seite stand der Konflikt zwischen städtischen Konsumenten und agrarischen Produzenten, der auf Grund der Versorgungskrise in Österreich noch viel schärfer ausgeprägt war als bei anderen kriegführenden Staaten. Die Fraktion der Christlichsozialen bestand ganz überwiegend aus Agrariern; die Mehrzahl des Nationalverbandes vertrat städtische Wahlkreise. Die Agrarier innerhalb des Nationalverbandes aber waren bis zu einem gewissen Grad durch ihre spezifisch deutsch-böhmischen Interessen immobilisiert.

Diese immer zentralere „Approvisierungsfrage“, der Lebensmittelmangel, prägte auch die Reaktion des Bürgertums auf den massiven Zugriff des Staates auf Gesellschaft und Wirtschaft. Konsumenteninteressen schufen Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten. So sehr die Führung der Sozialdemokratie – schon einmal, um keine Parteispaltung nach reichsdeutschem Muster zu provozieren – auch Wert darauf legte, sich in nationalen Fragen nicht vom Nationalverband vereinnahmen zu lassen, die freiheitlichen Abgeordneten segelten zwangsweise im Kielwasser der Sozialdemokraten, die eine immer schärfere staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel forderten. Diese Ambivalenz wurde noch bei den letzten Verhandlungen um das Schicksal des Kabinetts Seidler deutlich: Deutschradikale und Sozialdemokraten hatten in der Kriegszieldebatte heftig gegeneinander polemisiert, doch im Sommer 1918 waren die Deutschradikalen ohne weiteres bereit, für die Unterstützung eines ihnen genehmen Kabinetts den Sozialdemokraten weitreichende Zugeständnisse zu machen, von der Demokratisierung des Kommunalwahlrechts bis zur Schaffung von Arbeiterkammern.³⁵

Die Bewirtschaftung (und ihre Mängel) riefen freilich auch überall Gegenbewegungen hervor, die bis zu einem gewissen Grad liberale Themen aufgriffen. Schon die Mitteleuropa-Bewegung war zum Teil von freihändlerischen Strömungen getragen worden, die sich gegen die österreichische Hochschutzzollpolitik mit ihren Kartellen wandte. Gegen die halbstaatlichen-halbprivaten „Zentralen“, die vielfach auf Vorkriegskartelle als Instrument der Wirtschaftslenkung zurückgriffen, erhob sich 1918 eine Mittelstandsbewegung, die zwar

35 Vgl. das Tagebuch des Handelsministers Friedrich v. Wieser, des letzten Ausläufers der österreichischen Schule der Nationalökonomie, im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, insbesondere die Einträge vom 10. u. 13. Juli 1918.

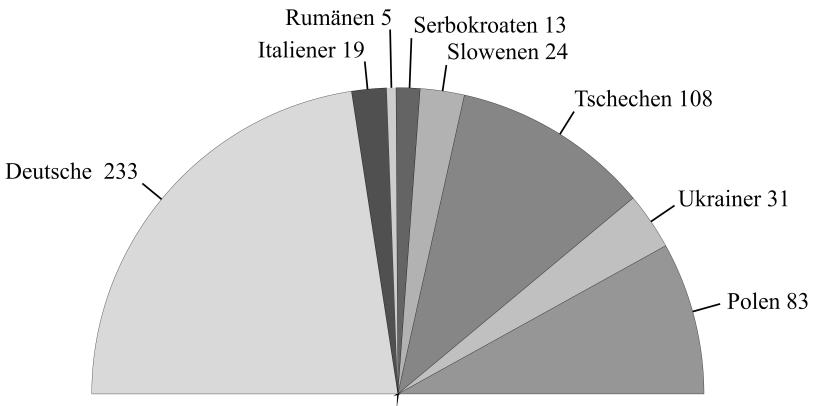
mit national-chauvinistischen Stimmungen unterlegt war und vielfach antisemitische Motive aufgriff, mit liberalen Zielsetzungen aber zweifellos ebenfalls Berührungspunkte aufwies. Umgekehrt stand die Schwerindustrie, im gemischtsprachigen Gebiet angesiedelt und mit starken Bindungen an das jüdische Milieu, zum Unterschied vom Reich der deutschnationalen Bewegung in der Regel fern. Manche dieser Strömungen wären in Preußen vielleicht im Einzugsbereich der Konservativen zu verorten gewesen. Doch eine konservative Partei jenseits des politischen Katholizismus gab es in Österreich eben nicht.

Ihren Höhepunkt erlebte diese „Verwerfung“ liberaler Themen zweifellos, sobald die schweigende Mehrheit der Agrarier nach 1918, bis zum Ende der Inflationszeit, zu Befürwortern des *laissez faire* mutierten,³⁶ während die sogenannten Nationaldemokraten, die in Österreich die Reste des Nationalverbands als Kristallisationspunkt der späteren Großdeutschen Volkspartei ablösten, offen gestanden: „Von der Sozialdemokratie trennt uns vielfach nur deren internationaler Charakter.“³⁷ Die Ausnahmesituation der Kriegswirtschaft hatte die ordnungspolitischen Orientierungen nachhaltig durcheinander gebracht. Die Nachkriegszeit war geprägt von einem national-sozialen Diskurs, gegen den liberal-konservative Strömungen erst langsam wieder an Boden gewannen. Für Deutsche wie für Tschechen brachte der Krieg die Abkehr vom Vielvölkerstaat, ein Prozes, der in der Tschechoslowakei gerne als „Entösterreicherung“, in Österreich später einmal als „Habsburg-Kannibalismus“ bezeichnet wurde.

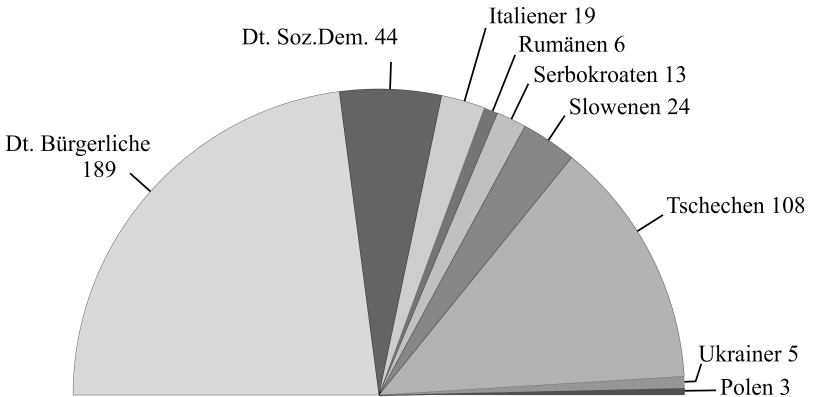
36 Ulrich Kluge: Bauern, Agrarkrise und Volksernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und –wirtschaft der Republik Österreich. Stuttgart 1988.

37 Lothar Höbelt: Deutschnationale – Nationaldemokraten – Großdeutsche – Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918-1922. In: Willibald Rosner/Reinelde Motz-Linhart (Hrsg.), Niederösterreich 1918-1922. St. Pölten 2007, S. 101-135, hier S. 106.

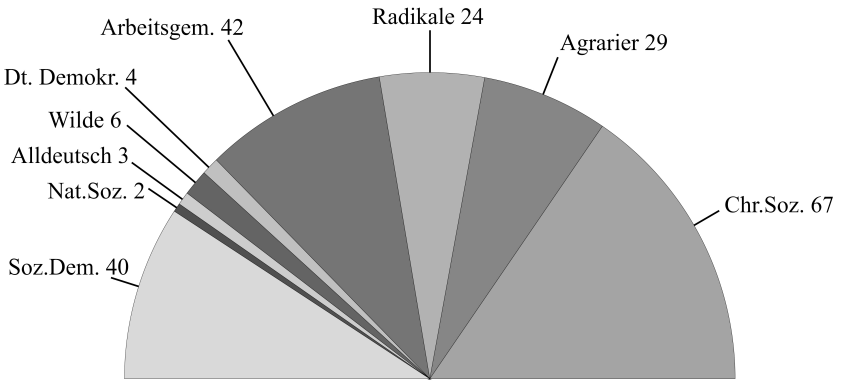
Verteilung der Nationalitäten im Österreichischen Abgeordnetenhaus



Hypothetische Verteilung der Nationalitäten im Österreichischen Abgeordnetenhaus unter Ausschluss Galiziens



Die deutschen Fraktionen im Österreichischen Abgeordnetenhaus 1917



Die tschechischen Fraktionen im Österreichischen Abgeordnetenhaus 1917

